

# Stadtpunkte

## 3|23



### IM FOKUS

Ganztagausbau anschieben –  
Mehr Hilfe bei Aufnahme von  
Geflüchteten

Sportförderung schneller  
voranbringen! – Positionspapier  
benennt Lösungsansätze

Städtetag begrüßt Plastikabgabe

### AUS DEN STÄDTEN

Difu-Projekt: Kreislaufwirtschaft  
als Gamechanger für eine  
nachhaltige kommunale  
Wirtschaftsentwicklung

### FACHINFORMATIONEN

### KALEIDOSKOP

### GERN GESEHEN

Das „Topos“: Keimzelle der  
Leverkusener Jazztage



50. Konferenz der kreisangehörigen Städte im Städtetag NRW in Essen (Foto: G. Lukas/Stadt Essen)



## Ganztagsausbau anschieben – Mehr Hilfe bei Aufnahme von Geflüchteten

Die Ganztagsbetreuung für Grundschulkin-der, die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien waren die Themen bei der 50. Konferenz der kreisangehörigen Städte im Städtetag NRW. Rund 20 Stadtspitzen diskutierten dazu mit den beiden Staatssekretären Dr. Bernd Schulte, Amtschef der Staatskanzlei des Landes NRW, sowie Paul Frederik Höller, Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, die in Essen zu Gast waren.

### Hängepartie beim Ganztagsausbau beenden

Der Städtetagsvorsitzende, Oberbürgermeister Thomas Kufen aus Essen, machte deutlich: „Der schulische Ganzttag soll den Kindern helfen, ihre Bildungschancen zu verbessern. Er bietet auch den Eltern, besonders Alleinerziehenden, mehr Freiraum

für Ausbildung und Beruf. Das unterstützen die Städte ausdrücklich. Wir warnen aber deutlich: es droht eine Hängepartie beim Ausbau der Betreuung in der Grundschule. Denn noch immer fehlen verbindliche Zusagen des Landes, wie der Rechtsanspruch qualitativ ausgestaltet und damit operativ umgesetzt und werden soll. Wir brauchen praktikable Lösungen auch für kreisangehörige Städte. Die Verantwortung für die Schulen und für Angebote der Jugendhilfe liegen dort nicht in einer Hand, sondern bei der Stadt und dem Kreis. Hier müssen klare Zuständigkeiten vereinbart werden. Es ist höchste Zeit, dass die beiden beteiligten Ministerien in einen Arbeitsprozess zu inhaltlichen Fragen des Ganztages mit den Städten einsteigen. Sonst wird der Rechtsanspruch scheitern.“ Wichtig sei auch, schwierige Sozialquartiere mit signifikant geringeren Bildungserfolgen der Kinder besonders in den Blick zu nehmen und dafür Angebote zu schaffen.

## Städte stehen bei Aufnahme von Geflüchteten unter Druck

Einen breiten Raum nahm auch die Diskussion zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten ein. „Die Städte stehen unter enormem Druck. Die Aufnahmekapazitäten für Geflüchtete aus der Ukraine und anderen Ländern sind erschöpft. Es fehlt an Wohnungen, Kita- und Schulplätzen sowie an Personal. Wir haben offensichtlich aus den Jahren 2015/2016 nicht viel gelernt. Bund und Land verwenden aktuell viel Energie darauf, wer welche Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen trägt, aber zu wenig Energie, die Zuwanderung und die Integration der Menschen zu steuern. Es fehlt bis heute eine gerechte Verteilung von Geflüchteten innerhalb Deutschlands – und erst recht europaweit.

Der Bund muss die Rückführung von Asylsuchenden ohne Bleibeperspektive konsequent umsetzen. Menschen ohne Bleibeperspektive sollten von den Ländern gar nicht erst den Kommunen zugewiesen werden.

Die Städte wollen sich vor allem um die Menschen kümmern, die länger bleiben. Und für sie muss es einfacher werden, dass ihre Qualifikationen anerkannt werden. Ohnehin brauchen wir eine immense Fachkräftezuwanderung in fast allen Bereichen der Gesellschaft. Am Ende muss das auch alles finanziert werden. Deshalb brauchen wir spätestens beim nächsten Bund-Länder-Treffen klare Finanzierungszusagen, um die Kommunen nicht zu überlasten.

Die finanzielle Unterstützung des Bundes muss an die steigenden Flüchtlingszahlen angepasst werden“, machte Kufen deutlich. Mit Blick auf die Landespolitik sagte er weiter: „Wir brauchen eine planbare und verlässliche finanzielle Unterstützung des Landes. Hier darf das Land nicht nur auf den Bund verweisen, sondern muss zügig das Flüchtlingsaufnahmegesetz anpacken und überarbeiten“, so der Vorsitzende.



Foto: G. Lukas/Stadt Essen

## Mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien

Im Fokus der Gespräche standen auch die verschiedenen Gesetzespakete für mehr Tempo bei erneuerbaren Energien und der dafür nötigen Infrastruktur. Der Geschäftsführer des Städtetages NRW, Helmut Dedy, sagte: „Um die erneuerbaren Energien schneller auszubauen, müssen viele Hebel umgelegt werden. Ein Schlüssel dafür sind die Go-to-Gebiete für beschleunigte Genehmigungsverfahren. Damit können im großen Stil Windparks und Photovoltaik auf Freiflächen angeschoben werden.

Der Bund hat dafür endlich den Weg frei gemacht, nun muss das Land schnell nachziehen. Hier darf keine Zeit verloren gehen.“ Die Städte erwarten, dass die regionalen Planungsbehörden die Ausweisung von Go-to-Gebieten zügig aufnehmen, um die bis Mitte 2024 befristete EU-Notfallverordnung für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien zu nutzen. Hilfreich sei dafür auch die von Land und Kommunen vereinbarte „Regionale Initiative Wind“, mit der Genehmigungsverfahren beschleunigt und optimiert werden sollen. Bis 2030 soll allein der Stromverbrauch in Deutschland zu mindestens 80 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dafür müssen Wind- und Solarenergie drei Mal schneller ausgebaut werden als bisher.



Wettkampf im Lohrheidestadion in Wattenscheid (Foto: Lutz Leitmann/Stadt Bochum)

## Sportförderung schneller voranbringen! – Positionspapier benennt Lösungsansätze

---

Der Städtetag NRW, der Städte- und Gemeindebund NRW sowie der Landessportbund NRW bieten der Landesregierung bei der umfangreichen Arbeit für den Sport in Nordrhein-Westfalen ihre aktive Unterstützung an. In einem gemeinsamen Positionspapier benennen die Kommunen als wichtigster Sportförderer in NRW zusammen mit dem Landessportbund NRW insgesamt acht aktuelle Herausforderungen und zeigen dafür gleichzeitig eindeutige Perspektiven sowie konkrete Lösungsansätze auf.

Zu den Themen zählen unter anderem bedarfsgerechte Sportstätten, eine gute Versorgung mit modernen Bädern oder eine tägliche Stunde Sport und Bewegung für Kinder und Jugendliche in Kita, Schule oder Verein. Wie in der kürzlich von Landesregierung und Landessportbund NRW unterzeichneten „Zielvereinbarung Sport 2023 bis 2027“ spielen zudem die Förderung des selbstorganisierten Sports, die Nutzung der Chancen durch Digitalisierung oder die ressortübergreifende Zusammenarbeit aller

relevanten fachpolitischen Partner eine wichtige Rolle.

Unterzeichnet wurde die gemeinsame Erklärung Anfang März von Oberbürgermeister Thomas Kufen, Vorsitzender des Städtetages NRW, Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer, Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, und Stefan Klett, Präsident des Landessportbundes NRW.

„Ohne die beispielhafte Unterstützung der Kommunen wäre der Sport nicht das, was er ist: Leistungsstark und für alle offen. Gerade beim bestehenden Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bei kommunalen und vereinseigenen Sportanlagen kommen wir nur voran, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen“, betont LSB-Präsident Stefan Klett.

NRW-Städtetags-Vorsitzender Thomas Kufen und Dr. Eckhard Ruthemeyer, Präsident des Städte- und Gemeindebunds NRW: „Der organisierte Sport hat eine große ge-

samtgesellschaftliche Bedeutung. Neben der Ausbildung in Breiten- Amateur- und Spitzensport werden von Vereinen und Verbänden auch Integration, Inklusion und Teamgeist gefördert. Die Städte und Gemeinden bekennen sich deshalb ganz klar zu ihrer Aufgabe als kommunale Sportförderer in NRW. Wir werden gemeinsam daran mitarbeiten, den Sport zukunftsfest zu machen.

Dafür muss aber auch der Investitionsstau bei Sportstätten und Schwimmbädern endlich aufgelöst werden. Schon jetzt kann wegen des akuten Sanierungsbedarfs vieler Bäder nicht mehr überall Schwimmunterricht angeboten werden. Auch auskömmliche Hallenzeiten zwischen Schul- und Vereinssport sind vor Ort immer wieder ein Thema.“ Kufen und Ruthemeyer weiter: „Hier brauchen wir schnell ein Konzept des Landes für eine gute Versorgung mit einer modernen Sportinfrastruktur sowie finanzielle Hilfen für die Kommunen.“



Unterzeichnung Positionspapier v.l.n.r. Thomas Kufen, Städtetag NRW; Stefan Klett, Landessportbund NRW; Dr. Eckhard Ruthemeyer, Städte- und Gemeindebund NRW

Kurzzusammenfassung: [www.staedte-tag-nrw.de/Perspektiven-Sport-in-NRW](http://www.staedte-tag-nrw.de/Perspektiven-Sport-in-NRW)

Positionspapier Sport NRW: [www.staedte-tag-nrw.de/PoPa-Sport-in-NRW](http://www.staedte-tag-nrw.de/PoPa-Sport-in-NRW)

### Titelfoto: Galeria Kaufhof Filiale in Hagen

„Der Kaufhof war über Jahrzehnte der zentrale Einkaufsankerpunkt in der Hagener Innenstadt. Damit stellt die drohende Schließung natürlich einen schweren Schlag für die Innenstadtentwicklung dar. Können wir im Gespräch mit Galeria keine Revidierung der Schließung ermöglichen, müssen wir gemeinsam mit dem Besitzer der Immobilie für eine adäquate Alternativnutzung sorgen.“ So beschrieb Erik O. Schulz, Oberbürgermeister der Stadt Hagen, die aktuelle Situation in Hagen, nachdem die Schließungspläne des Warenhauskonzerns bekannt geworden waren. (Foto: Michael Kaub/Stadt Hagen)

52 Galeria Karstadt Kaufhof Filialen sollen in ganz Deutschland schließen, 15 davon in Nordrhein-Westfalen. „Die betroffenen Städte in NRW werden weiter um den Erhalt der Galeria-Standorte kämpfen“, sagt Thomas Kufen, Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister der Stadt Essen. „Es geht um die Arbeitsplätze vieler Menschen und es geht um Orte in unseren Innenstädten, die immer noch ein wichtiger Treffpunkt und Ankerpunkt sind.“ Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW hat inzwischen 5 Millionen Euro Soforthilfe für die von Schließungen betroffenen Städte angekündigt. Damit soll die Entwicklung von Umnutzungs- und Umfeldkonzepten unterstützt werden. Das sei ein wichtiges Signal, so Kufen: „Wo sich Schließungen nicht verhindern lassen, können die betroffenen Städte so einen Plan B prüfen und ihre Innenstädte weiterentwickeln.“ Dabei gehe es nicht nur um die Immobilien selbst, sondern auch um das Umfeld in den Innenstädten.





Foto: Tobias Fricke

## Städtetag begrüßt Plastikabgabe

Bundestag und Bundesrat haben den sogenannten Littering-Fonds beschlossen. Dort sollen Unternehmen einzahlen, die Einwegprodukte wie To-go-Becher herstellen, aber auch etwa Zigaretten. Mit dem Geld sollen Kommunen bei den Kosten der Entsorgung entlastet werden. Die konkrete Höhe der Abgabesätze für die Hersteller sowie das Auszahlungssystem an die Kommunen und sonstigen Anspruchsberechtigten werden durch eine Rechtsverordnung festgelegt. Die Städte sollen dann im Herbst 2025 aus dem Einwegkunststofffonds Geld erhalten für ihre auf Einwegkunststoffprodukte bezogenen abfallwirtschaftlichen Leistungen.

Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, sagte dazu am 6. März gegenüber dem WDR:

„Es ist gut, dass die Plastikabgabe endlich kommt. Wer mit der Herstellung und dem Verkauf bestimmter Einwegprodukte Geld verdient, soll sich auch an den Reinigungskosten beteiligen müssen. Jedes Jahr steigen die Kosten, die unsere Städte in NRW für die Entsorgung von achtlos weggeworfenem Verpackungsmüll ausgeben müssen: To-Go-Becher in Grünanlagen, Kunststoffflaschen auf der Straße, Plastikgeschirr hinter Parkbänken, Einwegverpackungen in Hauseingängen.“

Die NRW-Kommunen geben jährlich mehr als 100 Millionen Euro für die Beseitigung von Müll im öffentlichen Raum aus. Dieser Littering genannte Müll ist vor allem in Großstäd-

**„Die NRW-Kommunen geben jährlich mehr als 100 Millionen Euro für die Beseitigung von Müll im öffentlichen Raum aus“.**

Helmut Dedy  
Geschäftsführer Städtetag NRW

ten ein Problem. Den Städten in NRW wird die Plastikabgabe auf jeden Fall helfen – und auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren von sauberen Parks und Plätzen.

Der jetzt beschlossene Littering-Fonds ist deshalb ein ganz wichtiger Schritt. Er geht uns aber noch nicht weit genug. Ob der Einwegmüll aus Plastik, Pappe oder Aluminium ist, macht für den Aufwand und die Kosten bei der Reinigung keinen Unterschied.

Der Fonds sollte deshalb ausgeweitet werden auf mehr Einwegprodukte und auf mehr Materialien. Sonst wird ein Einwegmaterial, das jetzt durch den Fonds teuer wird, womöglich einfach durch ein anderes ersetzt. Deshalb ist es gut, dass der Beschluss des Bundestages eine Evaluierung des Gesetzes vorsieht, bei der auch geprüft werden soll, ob die Abgabe auf weitere Einwegmaterialien ausgeweitet wird.“

## Kulturfonds Energie der Bundesregierung

Kultureinrichtungen und Kulturangebote wie etwa Kinos, Theater, Konzerte, Museen, Bibliotheken und Archive sollen über einen Kulturfonds vom Bund gezielt bei der Bewältigung der hohen Energiekosten unterstützt werden. Der Fonds soll einen Teil des Mehrbedarfs an Gas, Fernwärme und Strom ausgleichen. Der Förderzeitraum erstreckt sich rückwirkend vom 1. Januar 2023 bis zum 30. April 2024.

[www.kulturfonds-energie.de](http://www.kulturfonds-energie.de)

In Nordrhein-Westfalen steht zur Beratung und Unterstützung in der Energiekrise noch eine gesonderte Internet-Plattform zur Verfügung.

[www.kultur-klima.de](http://www.kultur-klima.de)



## Broschüre zum Miteinander: „Macht Stadt Solidarisch“

Wie kann eine Stadt solidarisch gestaltet werden? Wie lassen sich Diskriminierungen vermeiden, wie die Chancengleichheit verbessern? Fragen wie diese thematisiert das Heft „MACHT STADT SOLIDARISCH“. Es ist im Rahmen der Urbanen Liga, einem Projekt des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), entstanden.

[t1p.de/MachtStadtSolidarisch](http://t1p.de/MachtStadtSolidarisch)



## Projekte zum digitalen Lesen, Erzählen und Gestalten gesucht

Wie kommen Kinder und Jugendliche von drei bis achtzehn Jahren mit erschwerem Zugang zu Bildung auf digitalen Wegen zum digitalen Lesen, Erzählen und Gestalten und in Bibliotheken? Dafür sucht der Deutsche Bibliotheksverband aktuell noch bis zum 30. April Projektideen, etwa Bilderbuchkinos, Filmwerkstätten, E-Book-Produktionen. Die Projekte können mit bis zu 50.000 Euro gefördert werden. Das Geld kommt aus dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

[www.bibliotheksverband.de/gemeinsam-digital-kreativ-mit-medien](http://www.bibliotheksverband.de/gemeinsam-digital-kreativ-mit-medien)



# Difu-Projekt: Kreislaufwirtschaft als Gamechanger für eine nachhaltige kommunale Wirtschaftsentwicklung

Von Sandra Wagner-Endres

Nicht nur politische Vorgaben auf europäischer Ebene (u.a. Circular Economy Action Plan, 2020) oder die für 2024 von der Bundesregierung angekündigte Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie fordern deutsche Kommunen dazu auf, das „System Stadt“ stärker in Kreisläufen zu denken. So gilt es einerseits, sich gesamtstädtisch strategisch – im Sinne dieser Aktionspläne – aufzustellen. Andererseits dürften Beratungsaufgaben für die kommunalen Wirtschaftsförderungen hinzukommen.

Seit diesem bzw. ab dem kommenden Jahr gelten mit der EU-Taxonomie und der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) für große Unternehmen neue Berichtspflichten, bei denen u.a. der „Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft“ nachgewiesen werden muss. Diese Vorgaben beeinflussen dann über Wertschöpfungsketten auch die Tätigkeiten kleiner Betriebe. Damit wird das Ziel verfolgt, stärker in lokalen bzw. regionalen Kreisläufen zu wirtschaften, um mit einer nachhaltigen Wertschöpfung Kommunen und Regionen, resilienter gegenüber globalen Schocks und Krisen zu machen. Kreislaufwirtschaft im Sinne der zirkulären Ökonomie wird damit zum Gamechanger kommunaler bzw. regionaler Wirtschaftsentwicklung.

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat im letzten Jahr die Potenziale für zirkuläres Wirtschaften in Nordrhein-Westfalen untersucht und dem Bundesland als Industrieregion sehr gute Voraussetzungen für eine zirkuläre Zukunft bescheinigt. Ein Vorteil ergibt sich aus der räumlichen Nähe wichtiger Akteure, denn Kreislaufwirtschaft ist besonders effizient und klimafreundlich, wenn Wertschöpfungsketten über kurze Wege geschlossen werden. Die Autorinnen und Autoren der Studie empfehlen u.a. ein Strukturwandelkonzept „Zirkuläre Wirtschaft“ und Unter-

stützungsprogramme für Kommunen. Damit wird deutlich: Die große Herausforderung dieser fundamentalen Transformation liegt in den Kommunen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) möchte vor diesem Hintergrund deutschlandweit Städte bei der Bewältigung dieser Aufgabe unterstützen und in einem gemeinschaftlichen Projekt im Verbund von zwölf Kommunen einen Instrumentenkasten entwickeln, der es den Städten ermöglicht, eine eigene Kreislaufwirtschaftsstrategie aufzusetzen. Eine Mitwirkung an der Studie ist sowohl für Kommunen geeignet, die bereits erste Aktivitäten verfolgen als auch für Städte, die ganz am Anfang der Auseinandersetzung mit dem Thema stehen. Das Projekt setzt auf ein diskursives Format, in dem auch Erkenntnisse aus internationalen Kreislaufstädten einfließen und die Ergebnisse partizipativ entwickelt werden. Das Difu bringt die entsprechenden analytischen und methodischen Vorarbeiten ein und schafft Raum für gegenseitigen Austausch und Reflexion.



Haus der Materialisierung in Berlin  
(Foto: Sandra Wagner-Endres)

Das Projekt bietet nicht nur die Chance, von den Erfahrungen anderer Städte zu lernen, sondern darüber hinaus, sich zu einer Pionier-Kommune „Kreislaufstadt“ in Deutschland weiterzuentwickeln. Konkret profitieren teilnehmende Kommunen von folgenden Vorteilen:

- Aufarbeitung und Analyse unterschiedlicher Strategien zur Transformation von einer linearen zu einer zirkulären Wirtschaft in Städten und Regionen
- Aneignung von Know-how zur Entwicklung einer eigenen kommunalen Kreislaufwirtschaftsstrategie auf Basis von Erfahrungen nationaler und internationaler Beispiele
- Interaktive Erarbeitung eines Modellansatzes zu einer gesamtstädtischen Kreislaufwirtschaft mit Transfermöglichkeit auf die eigene Stadt oder Region
- Erkenntnisse über die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaftsagenda für die Wirtschaftsförderung
- Fachlicher Erfahrungsaustausch im Rahmen von Workshops mit den Partnerkommunen und Fachexpertinnen und -experten
- Möglichkeiten zur Netzwerkbildung zwischen Partnerkommunen und internationalen Akteuren

Zum Projektende sind die mitwirkenden Kommunen auf Grundlage des gemeinsam erarbeiteten Modellansatzes in der Lage, eine eigene Kreislaufwirtschaftsstrategie für ihre Stadt oder Region zu erstellen. Zwei Fallkommunen aus dem Konsortium unterstützen das Difu bei der Erarbeitung einer Agenda zur Umsetzung ihrer Kreislaufwirt-



schaftsstrategie im Handlungsrahmen ihrer Wirtschaftsförderung. Interessierte Städte können sich bei Fragen oder für die Zusendung des ausführlichen Projektangebots an das Difu wenden.

Sandra Wagner-Endres

Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen

Deutsches Institut für Urbanistik

[t1p.de/Kreislaufwirtschaftsstrategie](https://t1p.de/Kreislaufwirtschaftsstrategie)

#### Literaturtipp

Wilts, Henning; Berg, Holger; Seyring, Nicole; Vahle, Tilmann; Herrmann, Sophie; Kick, Marlene; Müller-Kirschbaum, Thomas (2022): NRW 2030: Von der fossilen Vergangenheit zur zirkulären Zukunft. Hg. v. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH.

Online verfügbar unter: [t1p.de/NRW2030\\_Zirkulaere\\_Zukunft](https://t1p.de/NRW2030_Zirkulaere_Zukunft)

## Bochum: Breites Bündnis für Wärmewende und weniger CO<sub>2</sub>

Weil fast die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen mit Wärme zu tun hat – in Bochum rund 44 Prozent – hat die Stadt am 8. März mit lokalen Akteuren der Wohnungswirtschaft ein „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet. Ziel ist ein Transformationsprozess, um Wärme im Wohnungsbereich künftig besser zu nutzen. Zentraler Baustein ist eine gemeinsame kommunale Wärmeplanung. Bochum will bis 2035 klimaneutral sein.

[www.bochum.de](http://www.bochum.de)



Foto: Stadt Bochum



Foto: Stadt Gelsenkirchen

## Gelsenkirchen: Künstliche Intelligenz überwacht Spielplatz

Die Stadt Gelsenkirchen überwacht testweise einen Spielplatz mithilfe von Radartechnik und künstlicher Intelligenz. Menschen werden als rote Punkte erfasst. Bewegen sie sich außerhalb der zulässigen Nutzungszeiten gibt das System eine Meldung an die städtische Leitstelle für Sicherheit und Ordnung. Meldungen liefern auch andere Sensoren, die bei Dunkelheit Bewegungen registrieren und eine Beleuchtung einschalten. Auf dem Spielplatz gab es häufig Probleme wegen Lärm, Alkoholkonsum, Müllverschmutzung und Vandalismus.

[www.gelsenkirchen.de](http://www.gelsenkirchen.de)

## Dortmund: Museum Ostwall zeigt Nam-June-Paik-Ausstellung!

Unter dem Titel „Nam June Paik: I Expose the Music“ richtet das Museum Ostwall im Dortmunder U vom 17. März bis 27. August den Fokus auf die musikalischen und performativen Elemente des Pioniers der Videokunst. Die Sonderausstellung präsentiert rund 100 Arbeiten, darunter Installationen, Skulpturen, Audio- und Videoarbeiten, ungewöhnliche Partituren, Handlungsanweisungen und Konzepte sowie Fotodokumente und Plakate. Erstmals ist in Deutschland die sound- und bildgewaltige Rauminstallation „Sistine Chapel“ zu sehen.

[www.dortmunder-u.de/nam-june-paik](http://www.dortmunder-u.de/nam-june-paik)





## Das „Topos“: Keimzelle der Leverkusener Jazztage

Man sieht es dem winzigen „Topos“ an der Leverkusener Hauptstraße nicht an – doch auf seiner acht Quadratmeter großen Bühne spielten schon die ganz großen der Jazzwelt: Chet Baker genauso wie Art Blakey. Ohne „Topos“ und „Jazz Lev e.V.“ wäre Leverkusen nicht zu einem Fixpunkt des Jazz in Deutschland geworden. Die „L Leverkusener Jazztage“ bringen seit 1980 Jahr für Jahr die Weltstars des Jazz in unsere Stadt.

1969 gegründet, ist aber auch das „Topos“ selbst ein Stück sichtbare Zeitgeschichte. In seiner Gestaltung treffen die Swinging Sixties auf anheimelnde Pub-Atmosphäre. Die Sitzlandschaften aus Polyester wurden vom Gründer Wolfgang Orth selbst entworfen und

geformt, die vergilbten Plakate zeugen von den Künstlern, die hier auftraten – und von einer Zeit, in der in Kneipen noch geraucht wurde.

Das „Topos“ gehört zum Stadtteil Wiesdorf, der zwischen Forum und Rheinufer, Werks- grenze und Neulandpark große Einzelhand- delsgeschäfte genauso zu bieten hat, wie Gastronomie und kulturelle Angebote, und dessen zeitgemäße Ausrichtung zurzeit mit einem „Integrierten Handlungskonzept“ vom Land NRW gefördert wird.

Uwe Richrath  
Oberbürgermeister  
der Stadt Leverkusen



Herausgeber:  
Städtetag Nordrhein-Westfalen  
Gereonstraße 18–32  
50670 Köln  
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: [post@staedtetag-nrw.de](mailto:post@staedtetag-nrw.de)  
Internet: [www.staedtetag-nrw.de](http://www.staedtetag-nrw.de)  
Twitter: [@staedtetag\\_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-  
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn,  
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann  
Gestaltung: Anna-Maria Roch  
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,  
Hürth

ISSN: 2748-9752  
Köln, April 2023